

ÖGB-Frauen unterstützen Kinderbetreuungsforderungen der AK

Utl.: 46.000 Betreuungsplätze fehlen - Angebot muss dringend
ausgebaut werden =

Wien (ÖGB) - ÖGB-Frauenvorsitzende Renate Csörgits unterstützt die Forderungen der Arbeiterkammer zum Thema Kinderbetreuung. "Sie entsprechen auch unseren langjährigen Forderungen", so Csörgits. Eltern müssten endlich die Möglichkeit bekommen, Familie und Beruf vereinbaren zu können.++++

Momentan ist das in Österreich nicht möglich: 46.000 Betreuungsplätze fehlen. Weitere 40.000 sind unzureichend, sie bieten zum Beispiel keine ganztägigen Öffnungszeiten oder keine Möglichkeit für ein Mittagessen an. 142.000 von insgesamt 245.000 Betreuungsplätzen - also mehr als die Hälfte - entsprechen nicht den Kriterien, die Eltern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen würden.

Ziel der ÖGB-Frauen ist die Umsetzung des EU-weiten Barcelona-Ziels: eine Betreuungsquote von 33 Prozent für unter 3-Jährige bis 2010. Jährlich müssten dafür rund 10.000 zusätzliche Plätze für Kleinkinder geschaffen werden.

In Österreich ist bisher nicht viel passiert: Seit 2000 gibt es lediglich 9000 zusätzliche Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen. Diese Politik verhindert den Einstieg von 25.000 Frauen in das Berufsleben.

Zusätzlich fordern die ÖGB-Frauen die Schaffung leistbarer, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungseinrichtungen mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten, die es den Eltern erlauben, einer Beschäftigung nachzugehen.

Wie die Arbeiterkammer in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria erhoben hat, entscheidet das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen darüber, ob Frauen Voll- oder Teilzeit arbeiten - oder gar nicht erwerbstätig sind. Bei mangelndem Betreuungsangebot arbeiten nur 24 Prozent der Frauen Vollzeit, wenn das Angebot stimmt, 39 Prozent. Das sind um 60 Prozent mehr.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SORA würden 155 000 Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, gerne länger

oder Vollzeit arbeiten. Voraussetzung: eine funktionierende Kinderbetreuung.

Die ÖGB-Frauen stellen sich daher auf die Seite der AK und fordern die Regierung auf, Verantwortung zu übernehmen und ausreichend Mittel für die Finanzierung der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Der Bund darf diese Verantwortung nicht allein Ländern und Gemeinden überlassen.

ÖGB, 19. September
2006

Nr. 613

Frische Kraft. Neue Richtung.

Noch bis 18. Oktober 2006: die Mitgliederbefragung des ÖGB zur Gewerkschaftsreform.

Jetzt auf www.oegbreform.at

Gratis-Hotline: 0800 5 777 44 oder befragung@oegb.at

Rückfragehinweis:

ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Nicole Bojar

Tel. (+43-1) 534 44/357 DW

Fax.: (+43-1) 533 52 93

<http://www.oegb.or.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0195 2006-09-19/14:00

191400 Sep 06

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060919_OTS0195